

31.07.2013

Niederschrift

Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

am 22.05.2013 | Dienstgebäude Platanenallee | Raum 124 | Platanenallee 16 | 59425
Unna

Beginn 17:30 Uhr

Ende 18:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dirk Kolar

Kreistagmitglieder SPD

Herr Carsten Jaksch-Nink

Herr Sascha Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Gerd Oldenburg

Frau Bärbel Schmidt

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Dipl. Ing. Burckhard Elsner

Herr Heiko Haarmann

Herr Sebastian Laaser

Kreistagmitglieder CDU

Herr Michael Blandowski

Frau Marlies Deppe

Herr Gerhard Meyer

Frau Elke Middendorf

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Martin Niessner

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Andrea Hosang

Kreistagmitglieder FDP

Frau Heike Schaumann

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Hans-Jürgen Allendörfer

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder FWG

Herr Dieter Albert

Kreistagmitglieder GFL

Herr Helmut Rosenkranz

Verwaltung

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Herr Josef Merfels, Fachbereichsleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Kolar begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 075/13 | Sachstandsbericht zur Neuorganisation der Untersuchungsämter im Regierungsbezirk Arnsberg im Wege der Errichtung des „Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes -CVUA- Westfalen" als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) |
| Punkt 3 | 071/13 | Sicherstellung und Finanzierung der Verbraucherberatung im Kreis Unna |
| Punkt 4 | 067/13 | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die zentrale Durchführung der Kenntnisüberprüfungen von Heilpraktikeranwärterinnen und -anwärtern und über die zentrale Erteilung von Erlaubnissen zur Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung |
| Punkt 5 | 041/13 | Zuschüsse für die Bekämpfung von Suchtgefahren im Kreis Unna |
| Punkt 6 | 047/13 | Zuschüsse zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen im Kreis Unna |
| Punkt 7 | 074/13 | Abschlussbericht zum Projekt "Besser Essen macht Schule (BEMS)" |
| Punkt 8 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 9 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 075/13 Sachstandsbericht zur Neuorganisation der Untersuchungsämter im Regierungsbezirk Arnsberg im Wege der Errichtung des „Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes -CVUA- Westfalen" als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)

Erörterung

Herr Hahn teilt mit, dass eigentlich für die kommende Kreistagssitzung eine beschlussfähige Drucksache hätte vorliegen sollen. Dazu sei es nicht gekommen; die Verwaltung habe entschieden, wenigstens die Problematik an die Ausschussmitglieder heranzutragen, denn so könne sich die Politik damit beschäftigen. Zur Drucksache gebe es eine lange Geschichte, es ginge zurück auf erste Diskussionen im Jahr 1997. Zur Effizienz- und Qualitätssteigerung sollten die Chemischen Untersuchungsämter Hamm, Hagen, Dortmund und Bochum zusammengelegt werden unter Einschluss des staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes in Arnsberg. Er erläutert die Drucksache.

Auf Nachfrage von Herrn Kolar teilt Herr Merfels mit, dass auch bei einer Nichtgründung der AöR wie gehabt verfahren werde. Der Kreis sei nach wie vor an Hamm gebunden und in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung enthalten.

Auf Nachfrage von Herrn Meyer führt Herr Hahn aus, dass die Überlegung angestanden hätte, dass die AöR das Gebäude in Hamm erwerbe. Aber auf der anderen Seite sollte die AöR nicht gleich zu Beginn mit so einem hohen Finanzvolumen belastet werden. Er möchte nun eine Entscheidung der Bezirksregierung in Arnsberg abwarten, bevor in eine Richtung tendiert werde.

Der Sachstandsbericht zur Neuorganisation der Untersuchungsämter im Regierungsbezirk Arnsberg im Wege der Errichtung des „Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes – CVUA-Westfalen“ als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 071/13 Sicherstellung und Finanzierung der Verbraucherberatung im Kreis Unna

Erörterung

Herr Hahn bittet die Ausschussmitglieder, einige Korrekturen der Drucksache zur Kenntnis zu nehmen. In dem Entwurf zur 2. Änderungsvereinbarung zwischen dem Kreis Unna, der Stadt Kamen und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. im § 10, Punkt 1, ist das Datum 01.07.2013 durch das Datum 01.01.2014 zu ersetzen. In dem Entwurf zur 2. Änderungsvereinbarung zwischen dem Kreis Unna, der Stadt Lünen und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V., im § 8 Finanzierung (Punkt 5) ist das Datum 01.01.2013 durch das Datum 01.01.2014 zu ersetzen. Die Gültigkeit im § 10, Punkt 1, ist auf den 01.01.2014 zu ändern.

Herr Hahn erläutert die Drucksache und teilt mit, dass die Verbraucherberatung in Kamen und in Lünen durch den Kreis Unna seit 2008 und in Schwerte seit 2009 unterstützt werde. Der Vertrag in Schwerte laufe bis Ende 2014, so dass eine Vertragsverlängerung erst im nächsten Jahr anstehe. Möglicherweise könne dann die Laufzeit der Verträge für Kamen, Lünen und Schwerte gleichgeschaltet werden. Die Verbraucherberatung gebe auch jährlich einen Bericht, quasi als Verwendungsnachweis, in diesem Ausschuss ab. Der letzte Bericht hätte am 05.11.2012 stattgefunden. Die Zuschussanpassung beziehe sich lediglich auf Tarifierhöhungen und im Sachkostenbereich auf eine einprozentige Steigerung, die überwiegend den gestiegenen Energiekosten geschuldet sei.

Herr Oldenburg äußert für die SPD-Fraktion, dass die Verbraucherberatungen wichtige Aufgaben übernehmen und vielfältige Informationen weitergeben würden. Er begrüße es, dass die Kostenaufteilung weiterhin zu 50 Prozent vom Land Nordrhein-Westfalen und zu 50 Prozent von den Kommunen getragen werde, wovon wiederum 60 Prozent der Kreis und 40 Prozent die Städte und Gemeinden tragen würden.

Frau Middendorf teilt für die CDU-Fraktion mit, dass auch diese die Arbeit der Verbraucherzentralen schätze und davon überzeugt sei, dass dieses Angebot für die Bevölkerung im Kreis Unna aufrecht erhalten werden sollte. Es werde darum gebeten, die aufgeführten Planstellen spitz abzurechnen, damit diese Personalkosten auch durch besetzte Stellen gedeckt seien.

Frau Hosang teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr froh darüber sei, dass es neben den Verbraucherberatungsstellen in Kamen und Lünen auch eine im Südkreis gebe. Sie wisse die Arbeit sehr zu schätzen, sehe einen steigenden Beratungsbedarf und spreche sich aus diesem Grund auf jeden Fall für eine Vertragsverlängerung aus.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landrat wird beauftragt, die Folgeverträge mit der Stadt Kamen, der Stadt Lünen und der Verbraucherzentrale NRW hinsichtlich der weiteren Sicherstellung und Finanzierung der allg. Verbraucherberatung im Kreis Unna abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 067/13 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die zentrale Durchführung der Kenntnisüberprüfungen von Heilpraktikeranwärterinnen und -anwärtern und über die zentrale Erteilung von Erlaubnissen zur Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung

Erörterung

Der Vorsitzende, Herr Kolar, teilt mit, dass es sich bei der im Betreff angegebenen Bestallung um die kasernenärztliche Zulassung handele.

Herr Hahn erläutert die Drucksache und teilt auf Nachfrage von Herrn Allendörfer mit, dass sich die Kosten für die Kenntnisüberprüfungen über die Entgelte aus den erhobenen Gebühren tragen würden.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landrat wird beauftragt,

- die geltende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Dortmund und den weiteren beteiligten Städten und Kreisen im gegenseitigen Einvernehmen aufzuheben und gleichzeitig durch den Abschluss einer neuen Vereinbarung zu ersetzen.
- durch Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Düsseldorf die Erteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis im Bereich Physiotherapie mit dem zugehörigen Überprüfungsverfahren auf die Stadt Düsseldorf zu übertragen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5 041/13 Zuschüsse für die Bekämpfung von Suchtgefahren im Kreis Unna

Erörterung

Herr Hahn erläutert die Drucksache und teilt mit, dass es sich hier um die Zuschüsse an etablierte Beratungsstellen im Suchtbereich und die selbstständigen Abstinenzgruppen handele. Das entspreche den Budgetvorgaben und seit einigen Jahren läge hier eine unveränderte Zuschusshöhe vor. Er greife die Diskussion aus den letzten zwei Jahren nochmal auf und weise darauf hin, dass die Diakonie Ruhr-Hellweg auf die tatsächliche Zuschusshöhe, früher hätte dort eine Summe von 90.000,00 Euro gestanden, herunter korrigiert worden sei. Im Budget könne man diese Angaben auf Seite 101 bei den Transferaufwendungen finden.

Herr Meyer fragt nach, warum eine normale, vernünftige, proportionale Betrachtung der Mittelverteilung, resultierend aus dem Grundsatzbeschluss vom 03.12.1985, aufgehoben worden sei (Drucksache, Seite 3). Daraufhin teilt Herr Merfels mit, dass es im Wesentlichen daran läge, dass die Suchtberatung im Kreis Unna in den öffentlichen Gesundheitsdienst und die freien Wohlfahrtsverbände aufgeteilt sei. Bis zu dem Grundsatzbeschluss hätten die Wohlfahrtsverbände eine Summe bis zu 50.000,00 Euro erhalten. Danach hätte es das Bestreben der Wohlfahrtsverbände gegeben, ihre eigenen Mittel drastisch zurückzufahren unter dem Hinweis auf die originäre Zuständigkeit des Kreises. Damals seien im Rahmen einer Umstrukturierung die Eigenmittelanteile der Wohlfahrtsverbände deutlich zurückgefahren und damit die Anteile des Kreises deutlich nach oben gefahren worden; die Summen seien heute nicht mehr rückführbar.

Beschluss

Der Landrat wird vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes für 2013 beauftragt, den freien Trägern folgende Zuschüsse zu gewähren:

Diakonie Ruhr- Hellweg		72.330 €
DRK Lünen	bis maximal	64.000 €
Diakonie Schwerte		21.250 €.

Bei den selbstständigen Abstinenzgruppen sollen die Zuschussbeträge im Einzelnen nach der Zahl der eingehenden Anträge sowie den voraussichtlichen Einnahmen und Aufwendungen der Gruppen im Haushaltsjahr 2013 bemessen werden. Hierfür sollen den Gruppen Mittel in Höhe von 6.700 € zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 047/13 Zuschüsse zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen im Kreis Unna

Erörterung

Herr Elsner teilt mit, dass er aus Sicht der SPD-Fraktion und insbesondere aus Sicht seiner Position als Vertreter der Selbsthilfe positiv anmerken möchte, dass diese Summe nach wie vor zur Verfügung stehe und er bedanke sich dafür.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes, die Förderung der Selbsthilfegruppen im Haushaltsjahr 2013 gem. den Förderrichtlinien entsprechend des Vorschlags umzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 074/13 Abschlussbericht zum Projekt "Besser Essen macht Schule (BEMS)"

Erörterung

Herr Hahn teilt mit, dass das Projekt über eine langjährige Entwicklung mit unterschiedlichen Aktionen zu dem vorliegenden Ergebnis gebracht worden sei. Die Abschlussbesprechung habe im Januar stattgefunden und er verweise auf die Seiten 8 und 10 des Berichtes. Mit diesem Projekt sei eine wichtige Unterstützungsarbeit geleistet worden, insbesondere für die vielen Schulen, bei denen sich durch eine Überführung in den Ganztags die Notwendigkeit der Mittagsverpflegung ergebe. Dort gab und gebe es sicherlich auch immer noch einige Unsicherheiten, wie man dem organisatorisch, finanziell und auch unter hygienischen Gesichtspunkten fachlich begegnen könne. Dazu sei gemeinsam mit der Verbraucherberatung und der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Nordrhein-Westfalen (NRW), die Aktion „Besser Essen macht Schule (BEMS)“ durchgeführt und eine Schulbefragung, abgesehen von den Berufskollegs, vorgenommen worden. Die Auswertungen hierzu befänden sich im Bericht. Bei der Abschlussveranstaltung habe man festgestellt, dass das Projekt sehr gut angekommen sei und Bedarf vorläge, im Sinne einer regionalen Vernetzungsstelle weiter daran zu arbeiten. Es seien entsprechende Fachleute in und aus den Schulen qualifiziert worden. Des Weiteren habe man eine Checkliste für eine bedarfsgerechte Schulverpflegung erstellt.

Herr Hahn führt aus, dass er nicht auf alle Daten im Einzelnen eingehen möchte, diese Angaben könnten der Drucksache bzw. ihrer Anlage entnommen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Allendörfer, wie mit 1.000,00 Euro auszukommen sei, teilt Herr Hahn mit, dass das Projekt mit bestehendem Personal, allerdings gemeinsam mit der Verbraucherberatung sowie der Vernetzungsstelle Schulverpflegung NRW, erschaffen worden sei und mehr Mittel auch tatsächlich nicht zur Verfügung gestanden hätten.

Auf Nachfrage von Herrn Bangert teilt Herr Hahn mit, dass eine Gesamtbetrachtung aller Förderschulen im gesamten Kreisgebiet stattgefunden habe; selbstverständlich nur mit den Schulen, die auch an der Auswertung teilgenommen hätten (Seite 8, untere Tabelle).

